

Bundesgesetzblatt ⁵⁰¹

Teil II

Z 1998 A

1992

Ausgegeben zu Bonn am 29. Juli 1992

Nr. 23

Tag	Inhalt	Seite
14. 7. 92	Gesetz zur Änderung des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen)	502
11. 6. 92	Bekanntmachung des deutsch-namibischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	504
16. 6. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates sowie über die Änderung ihres Artikels 26	506
16. 6. 92	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt	507
24. 6. 92	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle	509
26. 6. 92	Bekanntmachung zu dem Vertrag vom 22. September 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Regelung der Grenzübergänge der Eisenbahnen	513
29. 6. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit der Türkei	514
2. 7. 92	Bekanntmachung über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte der Deutschen Demokratischen Republik mit Frankreich	515
7. 7. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Patentübereinkommens	516

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes Teil II ist für Abonnenten die Zeitliche Übersicht über die Veröffentlichungen im ersten Halbjahr 1992 beigelegt.

Gesetz
zur Änderung des Übereinkommens vom 22. März 1974
über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets
(Helsinki-Übereinkommen)

Vom 14. Juli 1992

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der nach Artikel 23 des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (BGBl. 1979 II S. 1229, 1230) am 22. April 1991 vorgeschlagenen Änderung des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets wird zugestimmt. Die Änderung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderung nach Artikel 23 des Übereinkommens vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 14. Juli 1992

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Klaus Töpfer

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

(Übersetzung)

The Ministry for Foreign Affairs present their compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany and, acting as the Depositary for the Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area, have the honour to inform the Embassy of a communication addressed to the Ministry on 22 April 1991 by the Embassy of the Federal Republic of Germany.

The communication, which is enclosed, concerns a joint initiative by the Danish and German Contracting Parties to amend the aforementioned Convention in accordance with Article 23 thereof. The Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area is proposed to be amended as follows:

Article 26

The following new paragraph is proposed to be added to Article 26 as paragraph 1 bis:

„The present Convention shall be open for accession by the European Economic Community. Within the area of its competence, the European Economic Community is entitled to a number of votes equal to the number of its Member States which are Contracting Parties to the present Convention. The European Economic Community shall not exercise its rights to vote in cases where its Member States exercise theirs and conversely.“

Article 27

The following new paragraph is proposed to be added to Article 27 as paragraph 2:

„For the European Economic Community acceding to the Convention according to Article 26 the Convention shall enter into force two months after the deposit of the instrument of accession.“

Article 15

The following new sentence is proposed to be added as the second sentence to paragraph 3 of Article 15:

„In addition to the contributions made by its Member States the European Economic Community will contribute at most 2.5% of the administrative costs of the budget.“

The Ministry note that according to paragraph 1 of Article 23 of the Convention, each Contracting Party may propose amendments to the Articles of the Convention by submitting the proposed amendment to the Depositary Government. The Depositary Government shall communicate the proposition to all Contracting Parties, which shall inform the Depositary Government of either their acceptance or rejection of the amendment as soon as possible after the receipt of the communication. The amendment shall enter into force ninety days after the Depositary Government has received notifications of acceptance of that amendment from all Contracting Parties.

The Ministry therefore invite the Contracting Parties to the Convention to notify the Ministry as soon as possible, and preferably no later than 30 June 1991, whether the proposed amendments are accepted.

The Ministry shall inform without delay all the Contracting Parties of the notifications received.

The Ministry for Foreign Affairs avail themselves of this opportunity to renew to the Embassy of the Federal Republic of Germany the assurances of their highest consideration.

Helsinki, 1 May 1991

To
The Embassy
of the Federal Republic of Germany
Helsinki

Das Außenministerium beehrt sich, als Verwahrer des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland über eine Mitteilung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland an das Außenministerium vom 22. April 1991 zu unterrichten.

Die als Anlage beigefügte Mitteilung bezieht sich auf eine gemeinsame Initiative der Dänischen und der Deutschen Vertragspartei zur Änderung des vorstehend genannten Übereinkommens in Übereinstimmung mit Artikel 23. Es wird vorgeschlagen, das Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets wie folgt zu ändern:

Artikel 26

Es wird vorgeschlagen, folgenden neuen Absatz als Absatz 1 bis in Artikel 26 einzufügen:

„Dieses Übereinkommen liegt für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zum Beitritt auf. Innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs steht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Stimmenanzahl gemäß der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten zu, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darf ihr Stimmrecht nicht ausüben, wenn ihre Mitgliedstaaten ihres ausüben und umgekehrt.“

Artikel 27

Es wird vorgeschlagen, folgenden neuen Absatz als Absatz 2 in Artikel 27 einzufügen:

„Bei Beitritt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemäß Artikel 26 tritt dieses Übereinkommen für sie zwei Monate nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde in Kraft.“

Artikel 15

Es wird vorgeschlagen, folgenden neuen Satz als Satz 2 in Artikel 15, Absatz 3 einzufügen:

„Zusätzlich zu den Beiträgen ihrer Mitgliedstaaten trägt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft höchstens 2,5% der Verwaltungskosten des Haushalts.“

Das Außenministerium stellt fest, daß gemäß Artikel 23, Absatz 1 des Übereinkommens jede Vertragspartei Änderungen der Artikel des Übereinkommens vorschlagen kann, indem sie die vorgeschlagene Änderung der Verwahrregierung vorlegt. Die Verwahrregierung teilt den Vorschlag allen Vertragsparteien mit, die die Verwahrregierung so bald wie möglich nach Eingang der Mitteilung davon unterrichten, ob sie die Änderung annehmen oder ablehnen. Die Änderung tritt neunzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem alle Vertragsparteien der Verwahrregierung die Annahme der Änderung notifiziert haben.

Deshalb fordert das Außenministerium die Vertragsparteien des Übereinkommens dazu auf, dem Außenministerium so schnell wie möglich, möglichst bis zum 30. Juni 1991, mitzuteilen, ob den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt wird.

Das Außenministerium unterrichtet alle Vertragsparteien unverzüglich über die eingegangenen Mitteilungen.

Das Außenministerium benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Helsinki, den 1. Mai 1991

**Bekanntmachung
des deutsch-namibischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Juni 1992

Das in Windhuk am 21. Mai 1992 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Namibia
über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 21. Mai 1992

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Juni 1992

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Namibia
über Finanzielle Zusammenarbeit
– Einfachwohnungsbau Windhuk, 2. Phase –**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Namibia –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Namibia,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Republik Namibia beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Namibia, von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Einfach-
wohnungsbau Windhuk, 2. Phase“ einen Finanzierungsbeitrag
von bis zu insgesamt 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen
Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung des Vorhabens
festgestellt worden ist, daß es förderungswürdig ist und als ein
Vorhaben der sozialen Infrastruktur beziehungsweise als eine
selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die

besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines
Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann die in Absatz 1 letztgenannte Bestätigung nicht erfol-
gen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land der Regierung der Republik Namibia von der Kreditanstalt für
Wiederaufbau für das Vorhaben ein Darlehen bis zu 5 000 000,-
DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung der Republik Namibia zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge für not-
wendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung
des Vorhabens „Einfachwohnungsbau Windhuk, 2. Phase“ von
der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhal-
ten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Namibia durch andere Vorhaben
ersetzt werden. Wird es durch ein Vorhaben des Umweltschutzes
oder der sozialen Infrastruktur oder durch eine selbsthilfeorien-
tierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung ersetzt, das bezie-
hungsweise die die besonderen Voraussetzungen für die Förde-
rung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finan-
zierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedin-
gungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das
Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kredit-
anstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungs-

beitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Namibia stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Namibia erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Namibia überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der

Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden, wenn die Angebote in etwa vergleichbar sind.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Windhuk am 21. Mai 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
H. Ganns

Für die Regierung der Republik Namibia
Dr. Z. Ngavirue

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung des Europarates
sowie über die Änderung ihres Artikels 26**

Vom 16. Juni 1992

Bulgarien ist der Satzung des Europarates vom 5. Mai 1949 (BGBl. 1950 S. 263; 1954 II S. 1126) beigetreten. Der Beitritt Bulgariens ist nach Artikel 4 der Satzung

am 7. Mai 1992

wirksam geworden.

Die Zahl der Vertreter Bulgariens in der Beratenden Versammlung wurde auf sechs festgesetzt. Die hierdurch erforderliche Änderung des Artikels 26 der Satzung des Europarates in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. März 1992 (BGBl. II S. 285) ist nach Zustimmung des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung gemäß Artikel 41 Abs. d der Satzung am 7. Mai 1992 in Kraft getreten. Der Wortlaut des geänderten Artikels 26 wird nachstehend veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 27. Mai 1987 (BGBl. II S. 366) und vom 20. März 1992 (BGBl. II S. 285).

Bonn, den 16. Juni 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

(Übersetzung)

"Article 26	«Article 26	„Artikel 26
Members shall be entitled to the number of Representatives given below:	Les Membres ont droit au nombre de sièges suivant:	Die Mitglieder haben Anspruch auf die nachstehend angegebene Zahl von Sitzen:
Austria 6	Autriche 6	Österreich 6
Belgium 7	Belgique 7	Belgien 7
Bulgaria 6	Bulgarie 6	Bulgarien 6
Cyprus 3	Chypre 3	Zypern 3
Czechoslovakia 8	Tchécoslovaquie 8	Tschechoslowakei 8
Denmark 5	Danemark 5	Dänemark 5
Finland 5	Finlande 5	Finnland 5
France 18	France 18	Frankreich 18
Germany 18	Allemagne 18	Deutschland 18
Greece 7	Grèce 7	Griechenland 7
Hungary 7	Hongrie 7	Ungarn 7
Iceland 3	Islande 3	Island 3
Ireland 4	Irlande 4	Irland 4
Italy 18	Italie 18	Italien 18
Liechtenstein 2	Liechtenstein 2	Liechtenstein 2
Luxembourg 3	Luxembourg 3	Luxemburg 3
Malta 3	Malte 3	Malta 3
Netherlands 7	Pays-Bas 7	Niederlande 7
Norway 5	Norvège 5	Norwegen 5
Poland 12	Pologne 12	Polen 12
Portugal 7	Portugal 7	Portugal 7
San Marino 2	Saint-Marin 2	San Marino 2
Spain 12	Espagne 12	Spanien 12
Sweden 6	Suède 6	Schweden 6
Switzerland 6	Suisse 6	Schweiz 6
Turkey 12	Turquie 12	Türkei 12
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland 18"	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord 18»	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland 18"

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt**

Vom 16. Juni 1992

I.

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Juni 1990 zu dem Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf den Festlandsockel befinden (BGBl. 1990 II S. 494), wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 1 für

Deutschland am 1. März 1992
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde ist am 6. November 1990 bei dem Generalsekretär der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten am 1. März 1992 in Kraft getreten:

China
nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. August 1991 gemachten Vorbehalts:

(Übersetzung)

„The Government of the People's Republic of China reaffirms that the People's Republic of China is not bound by paragraph 1, article 16 of the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation.“

„Die Regierung der Volksrepublik China bekräftigt, daß die Volksrepublik China durch Artikel 16 Absatz 1 des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt nicht gebunden ist.“

Frankreich
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Genehmigungsurkunde am 2. Dezember 1991 abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„1. As far as article 3, paragraph 2, is concerned the French Republic understands by "tentative", "incitation", "complicité" and "menace", la tentative, l'incitation, la complicité and la menace as defined in the conditions envisaged by French criminal law.

„1. Hinsichtlich des Artikels 3 Absatz 2 versteht die Französische Republik unter den Begriffen „Versuch“, „Anstiftung“, „Beteiligung“ und „Drohung“ die Begriffe Versuch, Anstiftung, Beteiligung und Drohung, deren Bedeutung in den im französischen Strafrecht vorgesehenen Bedingungen festgelegt ist.

2. The French Republic does not consider itself bound by the provisions of article 16, paragraph 1, according to which: "Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation within a reasonable time shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If, within six months from the date of the request for arbitration, the parties are unable to agree on the organisation of the arbitration any one of those parties may refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court".“

2. Die Französische Republik betrachtet sich durch Artikel 16 Absatz 1 nicht als gebunden, der wie folgt lautet: „Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht innerhalb einer angemessenen Frist durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren unterworfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.“

Gambia
Italien
Norwegen
Oman
Österreich
Polen
Schweden
Seschellen
Spanien
Trinidad und Tobago
Ungarn
Vereinigtes Königreich

nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. Mai 1991 abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

„ . . . that until consultations with various territories under the territorial sovereignty of the United Kingdom are completed, the Convention and Protocol will apply in respect of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland only. Consultations with the territories are in hand and are expected to be completed by the end of 1991.“

„ . . . daß bis zum Abschluß der Konsultationen mit verschiedenen Hoheitsgebieten, die der Gebietshoheit des Vereinigten Königreichs unterstehen, das Übereinkommen und das Protokoll nur in bezug auf das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland Anwendung finden. Konsultationen mit den Hoheitsgebieten finden gegenwärtig statt und werden voraussichtlich Ende 1991 abgeschlossen sein.“

II.

Weiterhin ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für die
Niederlande am 3. Juni 1992
in Kraft getreten.

Bonn, den 16. Juni 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung
gewerblicher Muster und Modelle**

Vom 24. Juni 1992

Die Versammlung des Haager Verbandes über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle hat am 2. Oktober 1991 Änderungen der Ausführungsordnung zu den in London am 2. Juni 1934 und in Den Haag am 28. November 1960 revidierten Fassungen des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (RGBl. 1937 II S. 583, 617; BGBl. 1962 II S. 774, 790) und eine Änderung der Gebührentabelle, die nach Regel 28 Bestandteil der Ausführungsordnung ist, beschlossen. Die Änderungen werden aufgrund des Artikels 2 des Gesetzes vom 8. Juni 1962 über die in Den Haag am 28. November 1960 unterzeichnete Fassung des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (BGBl. 1962 II S. 774) nachstehend bekanntgemacht; sie sind am 1. April 1992 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. September 1987 (BGBl. II S. 546).

Bonn, den 24. Juni 1992

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Niederleithinger

**Änderungen
der Ausführungsordnung zum Haager Abkommen
über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (HMA)
gemäß Beschluß der Versammlung der Haager Union vom 2. Oktober 1991**

Die Versammlung hat folgende Änderungen beschlossen:

1. Regel 2.1 Abs. i wurde gestrichen.
2. In Regel 30.1 Abs. e wurden die Worte „gegen Zahlung einer Gebühr, deren Höhe in der Gebührentabelle, die als Anlage zu dieser Ausführungsordnung erscheint, festgelegt ist,“ (in der französischen Fassung: „*contre paiement d'une taxe dont le montant est fixé dans le barème des taxes annexé au présent Règlement d'exécution*“; in der englischen Fassung: „*against payment of a fee whose amount shall be fixed in the schedule of fees annexed to these Regulations*“) gestrichen.

Änderung
der Gebührentabelle in der Anlage zur Ausführungsordnung zum Haager Abkommen
über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (HMA)
gemäß Beschluß der Versammlung der Haager Union vom 2. Oktober 1991

(Übersetzung)

Schedule of fees	Barème des taxes	Gebührentabelle
Amounts (Swiss francs)	Montants (francs suisses)	Betrag in Schweizer Franken
I. Fees payable if the deposit is governed exclusively or partly by the 1960 Act (deposits published under the 1960 Act)	I. Taxes dues si le dépôt relève exclusivement ou partiellement de l'Acte de 1960 (dépôts publiés selon l'Acte de 1960)	I. Gebühren, wenn die Hinterlegung ausschließlich oder teilweise dem Abkommen in der Fassung von 1960 unterliegt (Hinterlegungen nach dem Abkommen von 1960)
1. International deposit fee (Rule 13.2(a)(i))	1. Taxe internationale de dépôt (règle 13.2. a) i))	1. Internationale Hinterlegungsgebühr (Regel 13.2. a) i))
1.1 For 1 design 352	1.1 Pour 1 dessin ou modèle 352	1.1 Für 1 Muster oder Modell 352
1.2 For each additional design included in the same deposit 16	1.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans le même dépôt 16	1.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben Hinterlegung enthalten ist 16
2. International publication fee (Rule 13.2(a)(ii))	2. Taxe de publication internationale (règle 13.2. a) ii))	2. Internationale Veröffentlichungsgebühr (Regel 13.2. a) ii))
2.1 For publication in black and white, per set of four standard spaces*) 37	2.1 Pour une publication en noir et blanc, par groupe de 4 espaces standard*) 37	2.1 Für die Veröffentlichung in Schwarz-Weiß, je Gruppe von 4 Standardflächen*) 37
2.2 For publication in color, per set of four standard spaces*) 290	2.2 Pour une publication en couleur, par groupe de 4 espaces standard*) 290	2.2 Für die Veröffentlichung in Farbe, je Gruppe von 4 Standardflächen*) 290
3. Deferred publication fee (Rule 10.1(a)) 80	3. Taxe d'ajournement de la publication (règle 10.1. a)) 80	3. Gebühr für die Aufschlebung der Veröffentlichung (Regel 10.1. a)) 80
4. Ordinary State fee (per designated State referred to in Rule 13.2(b)) (Rule 13.2(a)(iii))	4. Taxe étatique ordinaire (par Etat désigné visé à la règle 13.2. b)) (règle 13.2. a) iii))	4. Normale Staatsgebühr (Für jeden Bestimmungsstaat gemäß Regel 13.2. b)) (Regel 13.2. a) iii))
4.1 For 1 design 37	4.1 Pour 1 dessin ou modèle 37	4.1 Für 1 Muster oder Modell 37
4.2 For each additional design included in the same deposit 2	4.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans le même dépôt 2	4.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben Hinterlegung enthalten ist 2
5. State novelty examination fee (Rule 13.2(a)(iv)) if Hungary is a designated State, for each design, less the amount of the	5. Taxe étatique d'examen de nouveauté (règle 13.2. a) iv)) si la Hongrie est un Etat désigné, pour chaque dessin ou modèle, moins le	5. Staatsgebühr für die Neuheitsprüfung (Regel 13.2. a) iv)), wenn Ungarn ein Bestimmungsstaat ist, für jedes Muster oder

*) A standard space is 4 cm x 4 cm; the fee is calculated on the basis of the number of spaces or sets of spaces completely or partly occupied by the representation of the article or articles in which it is intended to incorporate the designs included in the deposit. One single space cannot include the representation, in whole or in part, of several articles or the representation, in whole or in part, of one single article viewed from different angles.

*) L'espace standard est de 4 x 4 centimètres; la taxe est calculée selon le nombre des espaces ou groupes d'espaces entièrement ou partiellement occupés par représentation de l'objet ou des objets auxquels les dessins et modèles compris dans le dépôt sont destinés à être incorporés. Un même espace ne peut pas comprendre la représentation, totale ou partielle, de plusieurs objets, ni la représentation, totale ou partielle, d'un même objet vu sous des angles différents.

*) Eine Standardfläche beträgt 4 cm x 4 cm; die Gebühr wird nach der Anzahl oder den Serien von Standardflächen berechnet, die bei der Wiedergabe des oder der Artikel, in denen die in der Hinterlegung enthaltenen Muster oder Modelle verwirklicht werden sollen, vollständig oder teilweise ausgefüllt werden. Auf einer einzigen Standardfläche dürfen verschiedene Artikel oder ein einziger Artikel aus verschiedenen Blickwinkeln weder vollständig noch teilweise wiedergegeben werden.

	Amounts (Swiss francs)		Montants (francs suissees)		Betrag in Schweizer Franken
ordinary State fee paid for Hungary (see item 4)	77	montant de la taxe étatique ordinaire payée pour la Hongrie (voir chiffre 4)	77	Modell, abzüglich der Höhe der für Ungarn entrichteten normalen Staatsengebühr (siehe Nummer 4)	77
6. International renewal fee (Rule 24)		6. Taxe internationale de renouvellement (règle 24)		6. Internationale Erneuerungsgebühr (Regel 24)	
6.1 For a deposit containing 1 design	176	6.1 Pour un dépôt comprenant 1 dessin ou modèle	176	6.1 Für eine Hinterlegung, die ein Muster oder Modell enthält	176
6.2 For each additional design included in the same deposit	14	6.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans le même dépôt	14	6.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben Hinterlegung enthalten ist	14
6.3 Surcharge	**)	6.3 Surtaxe	**)	6.3 Zuschlagsgebühr	**)
7. State renewal fee (per designated State to which the 1960 Act applies (Rule 24.2))		7. Taxe étatique de renouvellement (par Etat désigné auquel s'applique l'Acte de 1960 (règle 24.2))		7. Staatsgebühr für die Erneuerung (für jeden Bestimmungsstaat, auf den das Abkommen von 1960 anwendbar ist) (Regel 24.2)	
7.1 For a deposit containing 1 design	18	7.1 Pour un dépôt comprenant 1 dessin ou modèle	18	7.1 Für eine Hinterlegung, die ein Muster oder Modell enthält	18
7.2 For each additional design included in the same deposit	1	7.2 Pour chaque dessin ou modèle supplémentaire compris dans le même dépôt	1	7.2 Für jedes weitere Muster oder Modell, das in derselben Hinterlegung enthalten ist	1
II. Fees payable if the deposit is governed exclusively by the 1934 Act (deposits published under the 1934 Act)		II. Taxes dues si le dépôt relève exclusivement de l'Acte de 1934 (dépôts publiés selon l'Acte de 1934)		II. Gebühren, wenn die Hinterlegung ausschließlich dem Abkommen von 1934 unterliegt (Hinterlegungen nach dem Abkommen von 1934)	
8. International deposit fee for an initial period of five years (Rule 13.1 (a))		8. Taxe internationale de dépôt pour une première période de cinq ans (règle 13.1. a))		8. Internationale Hinterlegungsgebühr für den ersten Zeitabschnitt von fünf Jahren (Regel 13.1. a))	
8.1 For 1 design	190	8.1 Pour 1 dessin ou modèle	190	8.1 Für 1 Muster oder Modell	190
8.2 For 2 to 50 designs included in the same deposit	385	8.2 Pour 2 à 50 dessins et modèles compris dans le même dépôt	385	8.2 Für 2 bis 50 Muster und Modelle, die in derselben Hinterlegung zusammengefaßt sind	385
8.3 For 51 to 100 designs included in the same deposit	560	8.3 Pour 51 à 100 dessins et modèles compris dans le même dépôt	560	8.3 Für 51 bis 100 Muster und Modelle, die in derselben Hinterlegung zusammengefaßt sind	560
9. Prolongation fee for a further period of ten years (Rule 23)		9. Taxe de prorogation pour une deuxième période de 10 ans (règle 23)		9. Verlängerungsgebühr für den zweiten Zeitabschnitt von 10 Jahren (Regel 23)	
9.1 For 1 design	370	9.1 Pour 1 dessin ou modèle	370	9.1 Für 1 Muster oder Modell	370
9.2 For 2 to 50 designs included in the same deposit	750	9.2 Pour 2 à 50 dessins et modèles compris dans le même dépôt	750	9.2 Für 2 bis 50 Muster und Modelle, die in derselben Hinterlegung zusammengefaßt sind	750
9.3 For 51 to 100 designs included in the same deposit	1,090	9.3 Pour 51 à 100 dessins et modèles compris dans le même dépôt	1 090	9.3 Für 51 bis 100 Muster und Modelle, die in derselben Hinterlegung zusammengefaßt sind	1 090
9.4 Surcharge	***)	9.4 Surtaxe	***)	9.4 Zuschlagsgebühr	***)

**) 50 % of the international renewal fee.

***) 50 % of the prolongation fee.

**) 50 % de la taxe internationale de renouvellement.

***) 50 % de la taxe de prolongation.

**) 50 % der internationalen Erneuerungsgebühr

***) 50 % der Verlängerungsgebühr

	Amounts (Swiss francs)		Montants (francs suisses)		Betrag in Schweizer Franken
III. Common fees		III. Taxes communes		III. Allgemeine Gebühren	
10. Fee for recording a change in ownership (Rule 19)	125	10. Taxe d'inscription d'un changement de titulaire (règle 19)	125	10. Gebühr für die Eintragung eines Inhaberwechsels (Regel 19)	125
11. Fee for recording a change in the indications referred to in Rule 5.1(a)(II) to (iv) (Rule 21)		11. Taxe d'inscription d'une modification des indications visées à la règle 5.1.a)ii) à iv) (règle 21)		11. Gebühr für die Eintragung einer Änderung der in Regel 5.1.a)ii) bis iv) bezeichneten Angaben (Regel 21)	
– for a single international deposit	125	– pour un seul dépôt	125	– für eine einzige internationale Hinterlegung	125
– for each subsequent international deposit recorded in the name of the same owner, if recording the same change is requested at the same time	65	– pour chacun des dépôts internationaux suivants du même titulaire, si l'inscription d'une même modification est demandée en même temps	65	– für jede folgende internationale Hinterlegung desselben Inhabers, wenn die Eintragung derselben Änderung zu gleicher Zeit beantragt wird	65
12. Supply of an extract from the International Register relating to an international deposit	125	12. Fourniture d'un extrait du registre International relatif à un dépôt International	125	12. Lieferung eines Auszugs aus dem internationalen Register betreffend eine internationale Hinterlegung	125
13. Supply of non-certified copies of the International Register or items in the file of an international deposit		13. Fourniture de copies, non certifiées conformes, du registre International ou de pièces du dossier d'un dépôt International,		13. Lieferung nicht beglaubigter Kopien aus dem internationalen Register oder von Teilen der Akte einer internationalen Hinterlegung	
– for the first five pages	25	– jusqu'à cinq pages	25	– für die ersten fünf Seiten	25
– for each additional page after the fifth if the copies are requested at the same time and relate to the same application or the same international deposit	1	– par page en sus de la cinquième, si les copies sont demandées en même temps et se rapportent à la même demande ou au même dépôt international	1	– für jede weitere Seite nach den ersten fünf Seiten, wenn die Kopien zur gleichen Zeit beantragt worden sind und sich auf dasselbe Gesuch oder dieselbe internationale Hinterlegung beziehen	1
14. Supply of certified copies from the International Register or of items in the file of a deposit		14. Fourniture de copies, certifiées conformes, du registre International ou de pièces du dossier d'un dépôt,		14. Lieferung von beglaubigten Kopien aus dem internationalen Register oder von Teilen der Akte einer Hinterlegung	
– for the first five pages	40	– jusqu'à cinq pages	40	– für die ersten fünf Seiten	40
– for each additional page after the fifth if the copies are requested at the same time and relate to the same application or the same international deposit	2	– par page en sus de la cinquième, si les copies sont demandées en même temps et se rapportent à la même demande ou au même dépôt international	2	– für jede weitere Seite nach den ersten fünf Seiten, wenn die Kopien zur gleichen Zeit beantragt worden sind und sich auf dasselbe Gesuch oder dieselbe internationale Hinterlegung beziehen	2
15. Supply of a photograph of a deposited object	50	15. Fourniture d'une photographie d'un objet déposé	50	15. Lieferung einer Fotografie eines hinterlegten Gegenstands	50
16. Supply of information on the content of the International Register or of the file of an international deposit		16. Fourniture d'un renseignement sur le contenu du registre International ou du dossier d'un dépôt International,		16. Erteilung einer Auskunft über den Inhalt des internationalen Registers oder der Akte einer internationalen Hinterlegung,	
(i) in the case of oral information		i) s'il s'agit d'un renseignement oral		i) wenn diese mündlich erfolgt und	
– concerning an application or an international deposit	25	– pour une demande ou pour un dépôt international	25	– ein Gesuch oder eine internationale Hinterlegung betrifft	25
– for any additional application or international deposit involving the same depositor or owner		– pour toute demande ou tout dépôt international supplémentaire concernant le même déposant		– für jedes weitere Gesuch oder jede weitere Hinterlegung desselben Anmelders oder Inhabers, wenn	

	Amounts (Swiss francs)		Montants (francs suisses)		Betrag in Schweizer Franken
and if the same information is requested at the same time	5	ou titulaire et si le même renseignement est demandé en même temps	5	zur gleichen Zeit um Erteilung einer gleichen Auskunft nachgesucht worden ist	5
(ii) in the case of information given in writing		ii) s'il s'agit d'un renseignement donné par écrit		ii) wenn diese schriftlich erfolgt	
– in respect of an application or an international deposit	70	– pour une demande ou un dépôt international	70	– im Hinblick auf ein Gesuch oder eine internationale Hinterlegung	70
– for any additional application or international deposit involving the same depositor or owner and if the same information is requested at the same time	10	– pour toute demande ou tout dépôt international supplémentaire concernant le même déposant ou titulaire et si le même renseignement est demandé en même temps	10	– für jedes weitere Gesuch oder jede weitere internationale Hinterlegung desselben Anmelders oder Inhabers, wenn zur gleichen Zeit um Erteilung einer gleichen Auskunft nachgesucht worden ist	10
(iii) in the case of information given by telecopier, basic fee	30	iii) s'il s'agit d'un renseignement donné par télécopieur, taxe de base	30	iii) im Falle einer über Telekopierer erteilten Auskunft Grundgebühr	30
– for communication of an A5 format document	2	– pour la communication d'un document de format A5	2	– für Mitteilungen im Format DIN A5	2
– for communication of an A4 format document	4	– pour la communication d'un document de format A4	4	– für Mitteilungen im Format DIN A4	4
– plus actual cost of using the telephone network		– plus les frais effectifs d'utilisation du réseau téléphonique		– zuzüglich der tatsächlichen Kosten für die Benutzung des Fernsprechnetzes	

**Bekanntmachung
zu dem Vertrag vom 22. September 1966
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Regelung der Grenzübergänge der Eisenbahnen**

Vom 26. Juni 1992

Gemäß Artikel 2 Abs. 1 und 2 des Vertrags vom 22. September 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Regelung der Grenzübergänge der Eisenbahnen (BGBl. 1968 II S. 214) haben die für den Eisenbahnverkehr zuständigen Minister der Vertragsparteien durch Schriftwechsel vom 14. Mai 1992 Einvernehmen über die Aufhebung des Eisenbahngrenzübergangs Aachen-West – Simpelveld (Anlage 1 Nr. 12 des Vertrags) erzielt.

Bonn, den 26. Juni 1992

Der Bundesminister für Verkehr
Günther Krause

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit der Türkei**

Vom 29. Juni 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine an die Regierung der Türkei gerichtete Verbalnote vom 17. Juni 1992 aufgrund der in Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) vorgesehenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Türkei abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Juni 1992 (BGBl. II S. 499).

Bonn, den 29. Juni 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Gemeinsames Kommuniqué vom 1. Juni 1974 über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Türkei
2. Luftverkehrsabkommen vom 17. Januar 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Türkei
3. Handelsabkommen vom 11. Juni 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Türkei
4. Briefwechsel vom 11. Juni 1975 über Meistbegünstigung
5. Briefwechsel vom 11. Juni 1975 zum Außerkrafttreten des Handelsabkommens vom 21. Februar 1968 und des Zahlungsabkommens vom 28. April 1955
6. Protokoll vom 11. Juni 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Türkei über die Abwicklung des Zahlungsabkommens vom 28. April 1955
7. Abkommen vom 16. Juni 1978 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Türkei über wirtschaftliche, technische, industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit
8. Vereinbarung durch Notenwechsel vom 7. Februar 1980 zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und dem Außenministerium der Republik Türkei über die Erteilung von Visa für die Mitarbeiter der Missionen beider Staaten
9. Protokoll vom 13. Mai 1982 der zweiten Tagung der Gemischten Kommission DDR/Türkei zum Abkommen über die wirtschaftliche, technische, industrielle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 16. Juni 1978 und zum Handelsabkommen vom 11. Juni 1975
10. Vereinbarung vom 28. März 1990 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Türkei über die Errichtung von Generalkonsulaten

**Bekanntmachung
über das Erlöschen völkerrechtlicher Übereinkünfte
der Deutschen Demokratischen Republik mit Frankreich**

Vom 2. Juli 1992

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat durch eine an die Regierung der Französischen Republik gerichtete Verbalnote vom 25. Juni 1992 aufgrund der in Artikel 12 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885) vorgesehenen Konsultationen festgestellt, daß die in der Anlage zu dieser Bekanntmachung genannten völkerrechtlichen Übereinkünfte mit Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 erloschen sind.

Diese Feststellung schließt nicht aus, daß auch noch andere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Frankreich abgeschlossene völkerrechtliche Übereinkünfte mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zum selben Zeitpunkt erloschen sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. Juni 1992 (BGBl. II S. 513).

Bonn, den 2. Juli 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel

Anlage

1. Gemeinsame Erklärung vom 9. Februar 1973 über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Französischen Republik
 - Protokollvermerk über die künftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten
 - Briefaustausch zwischen den Vorsitzenden der Delegationen
 - Gemeinsames Pressecommuniqué
2. Abkommen vom 9. Februar 1973 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
3. Notenwechsel vom 23. März 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über das Kontingent des Personals der Botschaft auf dem Territorium des anderen Staates
4. Abkommen vom 22. Mai 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über den internationalen touristischen und kommerziellen Straßenverkehr
5. Fünfjahresvertrag vom 11. Juli 1975 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die wirtschaftliche Zusammenarbeit nebst zwei Annexen und einem französischen Brief
6. Abkommen vom 31. August 1977 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
7. Briefaustausch vom 24. November 1978 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über das Kontingent des Personals der Botschaft auf dem Territorium des anderen Staates
8. Abkommen vom 24. April 1980 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
9. Konsularvertrag vom 16. Juni 1980 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Französischen Republik (GBl. 1980 II S. 78, 1981 II S. 109)

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,56 DM (2,56 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,56 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

10. Abkommen vom 6. Januar 1981 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen beider Staaten auf dritten Märkten
11. Abkommen vom 9. März 1984 über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports
12. Vertrag vom 30. Januar 1987 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Französischen Republik über Rechtshilfe in Zivilsachen (GBl. 1987 II S. 41, 1988 II S. 93)
13. Abkommen vom 5. Februar 1988 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Veterinärwesens
14. Programm vom 21. Dezember 1989 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Gestaltung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit in den Jahren 1990 bis 1994

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Patentübereinkommens

Vom 7. Juli 1992

Das Europäische Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826) wird nach seinem Artikel 169 Abs. 2 für

Irland
am 1. August 1992
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. November 1991 (BGBl. 1992 II S. 51).

Bonn, den 7. Juli 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Eitel